D. Stallgebühren.

Für das Einstellen von Vieh in die in dem Schlachthause befindlichen Stallungen ist zu zahlen für die Nacht:

1. für ein Stück Rindvieh oder ein Pferd — Mk. 20 Pfg.
2. " " " Kleinvieh — " 5 "
3. " " " Schwein — " 10 "

E. Futterkosten.

Auf Verlangen wird an Futter gewährt:

1. für ein Stück Rindvieh oder ein Pferd f. d. Tag 6 kg Heu — Mk. 60 Pfg.
 2. für Schafe für den Tag 2 kg Heu — " 20 "
- Schweine und Kälber sind von den Besitzern selbst zu füttern.

F. Gebühren für die Benutzung des Kühlhauses.

Es ist zu entrichten:

1. für eine Kühlzelle in der Größe von 3,10 qm jährlich 50 Mk.
2. für eine Kühlzelle in der Größe von 6,20 qm jährlich 100 Mk.

Harburg, den 27. März 1903.

Der Magistrat.
Dencke.

* * *

15. Gemeindebeschluß,

betr. die Errichtung einer Freibank im städtischen Schlachthause zu Harburg.

§ 1. In Gemäßheit der §§ 8—10 des Ausführungsgesetzes zum Schlachtvieh- und FleischbeschauGesetze vom 28. Juni 1902 wird auf dem städtischen Schlachthofe zu Harburg vom 1. April 1903 ab eine besondere Verkaufsstelle — Freibank —

- a) für bedingt taugliches Fleisch, das zum Genuße für Menschen brauchbar gemacht,
- b) für Fleisch, das zwar zum Genuße für Menschen tauglich, jedoch in seinem Nahrungs- und Genußwert erheblich herabgesetzt ist,

errichtet.

§ 2. Der Verkauf des Freibankfleisches darf nur zum Verbräuche im eigenen Haushalte oder an solche Gast-, Schank- und Speisewirte erfolgen, denen eine Genehmigung nach Maßgabe des § 11 Absatz 2 des Reichsgesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau, erteilt ist.

Der Verkauf darf nur in Quantitäten von höchstens 3 Kilo an einen Käufer an einem und demselben Tage erfolgen.

§ 3. An Gebühren für die Benutzung der Freibank werden erhoben:

1. für ein Stück Großvieh 2 Mk. 50 Pfg.
2. " " " Kleinvieh 1 " — "
3. " Fleischteile pro Kilo — " 03 "

Harburg, den 27. März 1903.

Der Magistrat.
Dencke.

* * *

16. Freibank-Ordnung.

Auf Grund der §§ 5 und 6 der königlichen Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen vom 20. September 1867 und der §§ 143 und 144 des LandesverwaltungsGesetzes vom 30. Juli 1883 sowie auf Grund der §§ 8 bis 10 des Gesetzes, betreffend die Ausführung des Schlachtvieh- und FleischbeschauGesetzes vom 28. Juni 1902 wird unter Zustimmung des Magistrats nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

- § 1. Die auf dem städtischen Schlachthofe errichtete Verkaufsstelle für minderwertiges Fleisch, d. h.
- a. für bedingt taugliches Fleisch, das zum Genuße für Menschen brauchbar gemacht ist, und
 - b. für Fleisch, das zwar zum Genuße für Menschen tauglich, jedoch in seinem Nahrungs- und Genußwert erheblich herabgesetzt ist,
- steht unter polizeilicher Aufsicht und führt die Bezeichnung „Freibank“.